

LANDTAG IN KÜRZE

FL-Interpellation zu den Fahrzeugen in der Verwaltung

VADUZ – Wie viele Fahrzeuge sind bei der Landesverwaltung im Einsatz? Welche Umweltkriterien werden bei der Anschaffung der Fahrzeuge berücksichtigt? Wie viele der Fahrzeuge verwenden als Treibstoff Benzin, wie viele Diesel und Erdgas? Diese und weitere Fragen zu den Fahrzeugen in der Landesverwaltung enthält die Interpellation der drei FL-Abgeordneten Andrea Matt, Pepo Frick und Paul Vogt, die gestern an die Regierung weitergeleitet wurde. «Mit dieser Interpellation soll überprüft werden, wie weit das Kriterium «Umweltfreundlichkeit» bei der Auswahl der Fahrzeuge berücksichtigt wird», sagte die FL-Abgeordnete Andrea Matt in ihrem Votum. Die Interpellanten interessieren sich auch dafür, ob der von der Landesverwaltung verursachte individualisierte Motorfahrzeugverkehr auf das notwendige Minimum reduziert wird.

Andrea Matt forderte zudem, dass der Staat bei der Beschaffung und Verwendung von Fahrzeugen eine Vorbildfunktion zu übernehmen hat. «Der Staat muss – wie das bei der Beschaffung von Erdgasbussen geschehen ist – mit gutem Beispiel vorangehen und den Fuhrpark auf umweltfreundlichere Fahrzeuge umstellen.» (le)

Nachtragskredite einhellig genehmigt

VADUZ – Einhellig genehmigte der Landtag gestern die dritte Nachtragskreditvorlage der Regierung und erklärte diese als dringlich. Insgesamt wurden Finanzen in der Höhe von 3,102 Mio. Franken genehmigt. Rund eine Million fallen für Strassenverbesserungen und -neubauten an. Besonders die Umsetzung der Mittellinseln an der Ruggeller Strasse in Gamprin ist ein vordringliches Anliegen in punkto Verkehrssicherheit. Für rund 300 000 Franken werden Mittellinseln gebaut, um vor allem strassenquerenden Fussgängern ein tatsächliches Sicherheitsplus mit auf ihren Weg zu geben.

Franz Heeb (FBP, Bild) regte in diesem Zusammenhang in der Debatte an, dass er neben diesen Massnahmen zudem Geschwindigkeitskontrollen, allenfalls fixe Radarkästen oder eine allgemeine Geschwindigkeitsreduktion anregen möchte, um das Sicherheitspotenzial noch besser ausnutzen zu können.

Günther Kranz (VU) warf seinerseits die Frage auf, ob durch die Budgeterhöhung für Mietbeihilfen nicht verdeckte Subventionen an Unternehmer geleistet werde, welche für Arbeit zu tiefe Löhne bezahlen. Regierungschef Otmar Hasler hielt diesbezüglich fest, dass sich die Regierung im Klaren darüber sei, dass Arbeitende eigentlich nicht auf Mietbeihilfen angewiesen sein dürften, sondern dass der Entgelt für ein Auskommen ausreichen müsste.

Ein weiterer Nachtragskredit wurde für die Intensivierung der Berufspraktika und Praxisjobs gesprochen. Aufgrund des anhaltenden Bedarfs wird mit Mehrkosten in der Höhe von rund 370 000 Franken gerechnet. (pk)

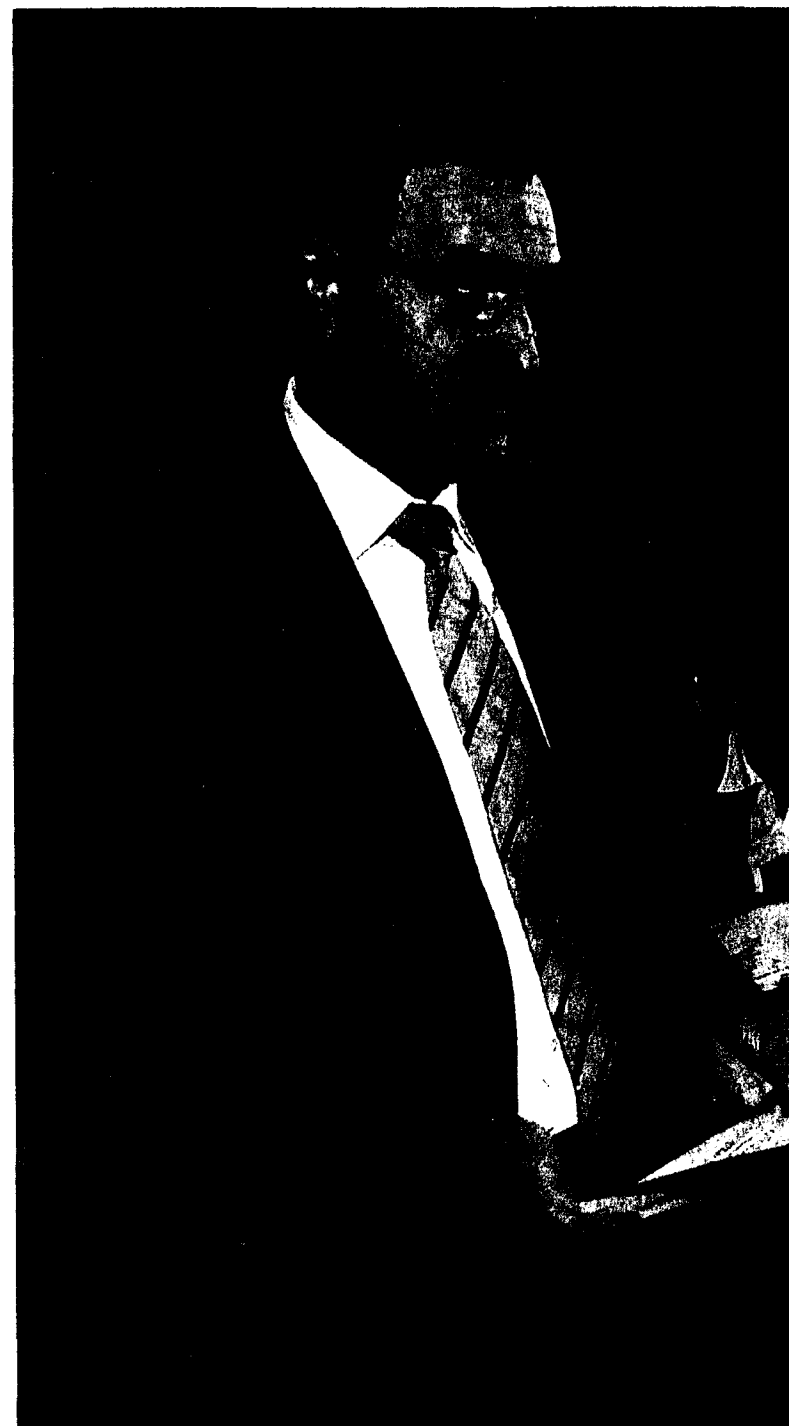
Zwei Jahresberichte zur Kenntnis genommen

VADUZ – Aus dem gestern diskussionslos vom Landtag zur Kenntnis genommenen Jahresbericht der liechtensteinischen parlamentarischen Delegation bei der Inter-Parlamentarier Union (IPU) für das Jahr 2004 geht hervor, dass die FL-Delegation unter der Leitung von Landtagspräsident Klaus Wanger im Berichtsjahr an zwei IPU-Konferenzen teilgenommen hat. An den Konferenzen standen wichtige Themen wie zum Beispiel die Förderung der internationalen Versöhnung, mit dem Ziel, Stabilität in Konfliktregionen zu bringen und beim Wiederaufbau zu helfen, auf dem Programm. Klaus Wanger bedankte sich bei den Delegationsmitgliedern für ihre wertvolle Arbeit. Einen Dank richtete der Landtagspräsident zudem an die Mitglieder der Parlamentarier-Kommission Bodessee. Auch der Jahresbericht 2004 dieser Kommission veranlasste die Landtagsabgeordneten zu keiner Diskussion. (le)

Auf dem Buckel der Kleinen

Landtag beschliesst und kürzt Überbrückungsgelder für GWK und LANV

Peter Lampert (FBP): «Die Hälfte der Arbeitgeber ist nicht mehr an die Gesamtarbeitsverträge gebunden.»



Markus Büchel: «Es geht um Schadensbegrenzung und Sofortmassnahmen.»

VADUZ – Auf den sozialen Frieden ist Liechtenstein stolz. Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gehen feierlich miteinander um. GWK und LANV stützen diese Sozialpartnerschaft. Das Parlament will, dass das so bleibt – mit verbindlichen Gesamtarbeitsverträgen.

• Kornelia Pfaffler

21 der 25 Parlamentarier bewilligten für den Liechtensteiner Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenverband (LANV) einen Sonderbeitrag von 110 000 Franken für die Jahre 2005 und 2006. Zudem bekam der LANV nur selten so viel öffentliches Lob wie am Mittwoch im Landtag. Eine Aufstockung des Sonderbeitrages auf 150 000 Franken, wie vom LANV beantragt, kam dennoch für das Parlament nicht in Frage. Lohnerhöhungen werde man nicht finanzieren, so Wirtschaftsminister Klaus Tschütscher.

Sozialpartner für alle

«Der LANV ist die einzige Institution, die umfassend rund um die Arbeit berät, und erfüllt eine gesellschaftspolitisch und sozial wichtige Funktion», unterstrich die VU-Abgeordnete Marlies Amann-Marxer. Würde der LANV geschwächt, profitierten die schwarzen Schafe unter den Arbeitgebern, führte der FL-Abgeordnete Pepo Frick ins Feld. «Die Sozialpartnerschaft kann nur funktionieren, wenn starke Partner miteinander nach der besten Lösung suchen», erinnerte Peter Lampert (FBP).

Der LANV hat 1300 zahlende Mitglieder, setzt sich aber ebenso dafür ein, dass die Gesamtarbeitsvertragsvereinbarungen auch für Nichtmitglieder gelten. Also für weitere rund 13 000 Arbeitnehmer. Weil die Beratung umfassender geworden ist, muss der LANV um 60 Stellenprozente aufstocken. Der Interessenverband finanziert sich über Mitgliedsbeiträge, die er auf 95 Franken pro Jahr erhöhen will, sowie einen Beitrag des Landes. Peter Lampert regte zur Verbesserung der finanziellen Lage an: «Wenn die Rechtsberatung für Nicht-Mitglieder ebenfalls kostenlos ist, dann fragen sich die LANV-Mitglieder, warum sie eigentlich ihren Mitgliederbeitrag zahlen.»

Eine Million für GWK

Weil der Staatsgerichtshof die Pflichtmitgliedschaft der Arbeitgeber bei der Gewerbe- und Wirtschaftskammer (GWK) aufgehoben hat, fehlt nicht nur der GWK, sondern auch dem LANV Geld in der Kasse. Gewerbebetriebe, die bei der GWK ausgetreten oder nicht eingetreten sind, müssen auch an den LANV keine Vollzugsbeiträge für den Gesamtarbeitsvertrag bezahlen. Die 110 000 bewilligten Franken sollen die Zeit überbrücken helfen, bis eine Lösung gefunden ist.

Alle Abgeordneten im Landtag bescheinigten dem LANV finanzielle Bescheidenheit. Jedoch gab es eine Reihe von VU- und FL-Stimmen, die beim Überbrückungsbeitrag für die GWK trocken schluckten und gegen eine mögliche spätere Leistungsvereinbarung mit der Regierung wetterten. Nur 15 Parlamentarier stimmten dem Finanzbeschluss zu, der GWK einen Sonderbetrag für die Jahre 2005 und 2006 von 1 Million Franken zu gewähren. Einig waren sich hingegen FBP und Wirtschaftsminister, dass es wichtig sei, die Interessen-

vertretung der gewerblichen Wirtschaft auf stabile Füsse zu stellen.

Mitgliederzahl geschrumpft

Die GWK hat heute nur noch 1153 Mitglieder, im Gegensatz zu 3750 Mitgliedern als es noch die Pflichtmitgliedschaft gab. Von den Kosten von rund 1,7 Millionen Franken finanzierte die GWK rund 1,3 Millionen Franken aus den Mitgliedsbeiträgen. Mit der geschrumpften Mitgliederzahl schrumpften nun auch die Einnahmen. 1,3 Millionen hatte die GWK denn auch zu Unterstützung beantragt, der Grossteil der Parlamentarier war für Kürzung auf 1 Million.

Erst einmal gehe es «um Schadensbegrenzung und Sofortmassnahmen im Bereich der finanziellen Grundlage, damit die GWK überhaupt eine Chance hat, sich unter den gegebenen Umständen so zu organisieren, dass sie auch in Zukunft die Aufgaben wahrnehmen kann, welche sie seit 22. Januar 1936 bis heute und im Interesse des Landes wahrgenommen hat», machte der FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel klar. «Die durch den Entscheid des Staatsgerichtshofes zur Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft finanziellen Auswirkungen sind kurzfristig aus eigenen Kraft nicht zu korrigieren.»

Sozial ungerechte Folgen

«Wenn die Ausführungen der Regierung stimmen, dann sind nur noch jene Arbeitgeber verpflichtet, die Gesamtarbeitsverträge einzuhalten, die freiwillig Mitglied der GWK oder der Industrie- und Handelskammer sind», erinnerte Peter Lampert an die sozial ungerechten möglichen Folgen. «Wenn man die aktuellen Zahlen betrachtet, so heisst das, dass etwa die Hälfte der Arbeitgeber nicht mehr an die Gesamtarbeitsverträge gebunden ist. Mit anderen Worten, eine grosse Zahl von Arbeitern kann sich nicht mehr auf Abmachungen berufen, die in den Gesamtarbeitsverträgen ausgehandelt wurden.»

Die GWK spielte bislang eine entscheidende Rolle in der kooperativen Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Liechtenstein immer wieder als Standortvorteil nennt. Streiks gibt es nie. Dabei sind nicht allein die Arbeitnehmer auf das Zusammenspiel zwischen GWK und LANV angewiesen. Die Zerschlagung der GWK werde auch «auf dem Buckel des kleinen Unternehmers» ausgetragen, so Peter Lampert. Die Kleinunternehmer seien auf eine Organisation angewiesen, die ihre Interessen gegenüber Arbeitnehmerverband und Behörden vertrete.

Stabile rechtliche Grundlage nötig

«Die Situation ist rechtlich verworren», erklärte Wirtschaftsminister Klaus Tschütscher. Die Regierung wolle nun rechtlich absichern, dass die GWK weiterhin Gesamtarbeitsverträge abschliessen könne. Einer der nächsten Schritte werde die Umwandlung der GWK in eine privatrechtlich organisierte Institution sein. Die Finanzierung müsse auf eine neue Basis gestellt werden. Er selbst habe der GWK seine Unterstützung angeboten, um die rechtlichen Schritte so zu setzen, dass sie vor dem Staatsgerichtshof standhalten. Denn schon die Sprechung eines Geldbetrages sei nicht ganz unproblematisch vor dem Hintergrund der Handels- und Gewerbefreiheit. Zudem sei eine Interessenvertretung dann erst stark, wenn sie vom Staat unabhängig sei.